

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

90 (16.4.1919)

# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postkasten monatlich 1,80 M., vierteljährlich 5,00 M., zugestellt durch unsere Träger monatlich 1,40 M., vierteljährlich 4,20 M.; durch die Post 1,44 M. bezogen 4,82 M. vorauszahlbar.

Ausgabe: Dienstag mittags; Geschäftszeit: 1/8-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481

Anzeigen: Die 7spalt. Kolonelleise od. deren Raum 25 S., zuzügl. 30 % Zeuzungszusch. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmefrist 1/2 Vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

### Beginn der Friedensverhandlungen.

Paris, 14. April. Neuter Wilson erklärte, daß die deutschen Bevollmächtigten für den 24. April nach Versailles eingeladen würden, um dort mit den Vertretern der Alliierten zusammen zu kommen.

Paris, 14. April. Präsident Wilson hat heute abend als Vorkühler des Rates der Vier folgende Erklärung abgegeben: Angesichts der Tatsache, daß die bei dem Frieden mit Deutschland geregelt werden müssen, ihrer vollständigen Lösung so nahegerückt sind, daß sie jetzt durch den Endpunkt der Fertigstellung des Entwurfs gehen können, haben diejenigen, welche am längsten über die Frage beraten haben, beschlossen, anzuraten, daß die deutschen Bevollmächtigten eingeladen werden, mit den Vertretern der assoziierten kriegführenden Nationen am 25. April in Versailles zusammenzukommen. Dies bedeutet nicht, daß die Beratungen über andere Fragen, die mit der Regelung des allgemeinen Friedens zusammenhängen, unterbrochen werden, obgleich die Beratung dieser Fragen verzögert werden wird. Man erwartet im Gegenteil, daß jetzt bezüglich dieser Fragen ein schnellerer Fortschritt gemacht wird und daß man augenblicklich erwarten kann, daß sie für die Endregelung bereit sein werden. Man hofft, daß man in den Fragen, die Stellen an unmittelbaren besonders, in der abstrakten, jetzt zu einer baldigen Verständigung gelangen wird.

Bern, 15. April. Zur Regelung der Frage des Saarbeckens schreibt die „Humanität“: Wir erwarten mit dem Gefühl von Grauen und Ekel die Veröffentlichung der definitiven Klausel, die dieses historische Verbrechen gutheißen soll, falls Wilson nicht doch im letzten Augenblick von einer Waltung der Empörung forgerissen wird.

Weimar, 14. April. (W. V.) Der 8. Ausschuss für die Friedensverhandlungen hat sich heute konstituiert. Er setzt sich aus dem Präsidenten der Nationalversammlung, den drei Vizepräsidenten der Nationalversammlung und 23 Mitgliedern aller Parteien zusammen: Fehrenbach (Zent.), Vorsitzender, Schulz-Dupreux (Soz.), stellv. Vorsitzender, Dietrich-Rosen (Deutsch-Nat.), Kaufmann (Dem.), ferner aus den Sozialdemokraten: Krüger, Böse, Möllenbaur, Müller-Veslau, Frau Mühl-Rön, Frau Schilling, Schumann, Dr. Singheimer, Stöck, Regel und Weis; vom Zentrum: Ehrhardt, Gröber, Dr. Heim, Dr. Mayer-Schwaben, Dr. Spahn und Trimborn; von den Demokraten: Hall (Zeitschrift), Dr. Hermann-Rosen, Dr. Luidde, Freiser u. Nischhofen und Dr. Wieland; von der deutsch-nationalen Volkspartei: Kraus (Schiffahrer), Dr. Graj u. Posadowski-Wehner und Dr. Traub; von der deutschen Volkspartei: Dr. Stresemann; von den unabhängigen Sozialdemokraten: Geyer-Loewig und Haase-Berlin.

Berlin, 15. April. Gegenüber dem offenbar beschlossenen Raub des Saargebietes stellt der „Vorwärts“ fest: „Die Entente ist im Zentrum, wenn sie glaubt, daß es irgend eine deutsche Regierung gebe, die solche Friedensbedingungen unterzeichnen könne. Die Entente kann diese Friedensbedingungen durchzuführen, aber keine deutsche Regierung soll man ermutigen, zu erklären, daß dies ein Reichsziel sei, auf den sich Europa dauernde Hilfe gründen könne. Wenn wir schon ganz zu Grunde gehen sollen, so wollen wir es lieber in Aufrichtigkeit und Ehre, als in Lüge und Schande tun.“

Berlin, 14. April. Nach dem „Centur“ vom 12. April hat die Friedenskonferenz den Artikel über die Arbeiterfrage gebilligt. Das Projekt sieht jährliche Konferenzen und ein Parolenbüro für die Behandlung von Arbeiterfragen vor. Es sieht weder Mindestlöhne noch Schutz gegen Nachtarbeit und gegen Kinderarbeit, noch den achtstündigen Arbeitstag fest. Vandalische ist für die Teilnahme feindlicher Abgeordneter an den Konferenzen eingetret.

### Die Haltung der französischen Arbeiter.

Berlin, 15. April. Ein französischer Funkpruch aus Lyon vom 14. ds. Mts. meldet: Der Allgemeine Arbeiterverband, der fast 2 Millionen Mitglieder zählt, hat in Paris Pläne angedeutet, in denen es heißt: Es wird uns heute der Plan eines Völkerverbundes vorgelegt, der nicht eine Gesellschaft von Nationen ist, wie sie in den Wilsonschen 14 Punkten niedergelegt ist. Diese 14 Punkte Wilsons, die wir uns zu eigen machen, werden von allen Völkern der Erde in ihrer Sehnsucht nach Gerechtigkeit mit Beifall angenommen. Die Arbeiterklasse Frankreichs, die der Auffassung „Krieg dem Kriege“ vertraute, erhebt sich gegen die Sabotage im Frieden. Der Allgemeine Arbeiterbund verurteilt jede Völkerverpolitik, jeden politischen Druck oder jede bewaffnete Intervention, wodurch die Formel der französischen Revolution widerrufen würde. Jede Nation hat allein die Macht, ihre Verträge zu bilden und das unantastbare Recht, sie zu ändern. Die Absicht, dieses Recht mit Gewalt einem fremden Volke zu nehmen, bedeutet Feind der Menschheit zu werden. Der Allgemeine Arbeiterbund verurteilt jede Fortsetzung des Krieges und fordert dringend den Abschluß eines wahren Friedens, den alle Völker unterschreiben können.

### München wieder in der Gewalt der Kommunisten.

Augsburg, 15. April. Seit 1 Uhr nachmittags ist die direkte telefonische Verbindung von Augsburg nach München wieder hergestellt. München befindet sich vollständig in der Gewalt der Kommunisten. Die Diktatur des Proletariats ist ausgerufen. Der Kampf um den Hauptbahnhof, der mit Artillerie, Maschinengewehren, Handgranaten und Minenwerfern ausgefochten wurde, dauerte etwa 3 Stunden und hatte das Gebräue einer förmlichen Schlacht. Er forderte etwa 150 Tote und Verwundete und endete mit dem Sieg der Kommunisten. Die Regierungstruppen wurden entwaffnet. Nach diesem Ereignis war das Schicksal der Stadt besiegelt. Von einer

offenen Gegenbewegung ist nichts zu hören. Die ganze Garnison steht jetzt im Dienste der neu aufgerichteten Herrschaft des Proletariats. Die Zahl der bewaffneten Arbeiter ist außerordentlich groß, so daß die Kommunisten eine starke Macht in Händen haben. In ganz München herrscht der Generalkrieg. Alle Betriebe und Geschäfte sind geschlossen. Der Straßenbahnverkehr ruht, die Zeitungen erscheinen nicht.

Berlin, 14. April. Wie das „Berl. Tageblatt“ meldet, befinden sich seit gestern Morgen große bayerische Truppenmassen mit Artillerie und Minenwerfern auf dem Wege nach der bayerischen Hauptstadt. Wann es dort zum entscheidenden Schlag kommen wird, sei noch nicht abzusehen. Es sei anzunehmen, daß die Regierung warten werde, bis sie im Umkreis von München über eine genügende und zuverlässige Anzahl tüchtiger Truppen verfügt. — Dem „Berl. Lokalanz.“ zufolge ist in München der Anarchist Sundheimer ans Ruder gelangt und mit ihm die allerabstimmigste kommunistische Regierung. — Von gestern Abend in Bamberg aus München einsetzenden Reisenden wurde gleichlautend mitgeteilt, daß es zu Unruhen in Bamberg, namentlich in zahlreichen Nahrungsmittelgeschäften, gekommen sei. — Wie das „Berl. Tagebl.“ berichtet, hat sich ein neuer Aktionsausbruch in München unter Führung Levis und der Russen Levine und Kretzow gebildet.

### Die Lage im Ruhrgebiet.

Essen a. d. R., 15. April. Die Streikziffer acht immer weiter zurück. Die Zahl der Ausständigen hat ihren Höhepunkt vom 10. April mit 167 000 Köpfen erreicht. Seitdem hat die Zahl stetig abgenommen und betrug in der heutigen Frühstunde 127 629.

Essen a. d. R., 16. April. Entsprechend der Zunahme des Streiks ist auch in der Vorwoche die Förderung der Steinkohlen im Ruhrrevier noch weiter zurückgegangen. Die Förderung, die bis zum Schlusse der vorhergehenden Woche auf täglich 35 000 Tonnen gestiegen war, betrug am 10. April nur noch 12 000 Tonnen täglich. In normalen Friedensmonaten betrug die Förderung sich auf rund 380 000 t. Abgesehen von privaten und kommunalen Betrieben, steht nunmehr auch die Eisenbahn unmittelbar vor der Betriebsstilllegung, denn ihre Brennstoffvorräte reichen in den meisten Bezirken nur noch für ein bis zwei Tage aus.

Hamburg, 15. April. Wegen Kohlenmangels werden in Hamburg von Freitag ab sämtliche Straßenbahnlinien vorläufig auf acht Tage den Betrieb einstellen.

Essen a. d. R., 15. April. 400 heute Mittags bei Kettwig zu einer Konferenz über den Streik zusammengetretene Ruhrbergleute wurden von Regierungstruppen umstellt und festgenommen.

### Streik der Bankbeamten und Angestellten.

Berlin, 15. April. Eine Versammlung der Obmänner der streikenden Groß-Berliner Betriebe hat sich heute auf Antrag ohne weitere Diskussion mit allen Stimmen der Anwesenden für den Generalstreik der Angestellten erklärt. Eine Abstimmung in den einzelnen Betrieben hat noch nicht stattgefunden.

Hamburg, 15. April. Bei den Einigungsverhandlungen zwischen den Direktoren der hiesigen Banken und den Vertretern der Bankbeamtenverbände stimmten die Bankleitungen dem Vorschlag zu, das Mitbestimmungsrecht der Angestellten in Bezug auf Kündigung und Entlassung von heute ab bis zur Regelung eines Reichsnotengesetzes oder einer für das Reich gültigen Vereinbarung der Berliner Großbanken anzuerkennen. Damit kann der Streik der Bankbeamten als abgehandelt gelten.

München, 15. April. Die schon seit einiger Zeit im Gange befindliche Ausständigenbewegung der hiesigen industriellen Firmen eritret sich nunmehr auf 45 größere Werke in München und umfaßt nahezu 5000 Personen. Die bisher angestellten Einigungsbemühungen blieben ohne Erfolg.

Mannheim, 15. April. Die hiesigen Bankbeamten sind heute in einen Sympathiestreit für die Berliner Bewegung eingetreten. — In Ludwigshafen haben 20 000 Arbeiter und Angestellte der Bad. Anilin- und Sodafabrik eine Entschliesung angenommen, in der der schärfste Protest ausgesprochen wurde gegen die von der französischen Besatzungsbehörde erlassenen unerbörten Urteile gegen die streikenden Verleute im Saargebiet.

Frankfurt a. M., 14. April. In der über fünf Stunden sich erstreckenden Schlichterverhandlung zwischen dem Verband Frankfurter Bankleitungen und dem Vertreter der Frankfurter Bankbeamten wurde in allen Punkten eine volle Einigung erzielt. Die Mindesteinkommenssätze schwanken in der höchsten Lebensalterstufe zwischen 6000 M. und über 13 000 M. bei automatischer Vorrückung. Wesentliche Punkte der Ausführungsbestimmungen regeln das Mitbestimmungsrecht der Angestellten u. a. bei Entlassungen und Kündigungen, sowie die Anknüpfung der Stellung. Der Tarif, der vorerst nur für die Aktienbankentgeltung hat, wird durch einen Tarif für Privatbankgeschäfte ergänzt, der ebenfalls kurz vor dem Abschluß steht.

### Streikbewegung.

Halberstadt, 15. April. Heute morgen 11 Uhr wurde der Eisenbahnbetrieb durch die Streikleitung der Werkstättenarbeiter völlig stillgelegt. Der Streik soll 48 Stunden dauern mit dem Zweck, Halberstadt in eine höhere Lohnklasse zu versetzen.

Düsseldorf, 15. April. Mit den Buchdruckern ist gestern eine Einigung erzielt worden. Zeitungen sind bisher nicht erschienen. Die Gasversorgung der Stadt ist, nachdem die Arbeiter beschloffen haben, eine gänzliche Einstellung des Betriebes zu vermeiden, erheblich eingeschränkt worden.

### Die Trennung.

• Karlsruhe, 16. April.

„Wenn die Trennung von Staat und Kirche kommt, so kommt sie nicht wie in den Vereinigten Staaten, sondern wie in Frankreich.“ Das war die Parole, unter der das Zentrum in Baden den Wahlkampf geführt hat. Es wurde so getan, als ob alle Seeräuber des Antichristentums sich mit dem leidenschaftigen Gotteseifer zu einem Generalkriegsmanöver auf die Kirchen, auf die Priester und auf die Religion selbst verbünden hätten. Galt Adolf Hoffmann, als er i. R. Deutschland mit dem Trennungsvorhaben überraschte, doch gleich die Verfassungsbestimmungen des § 30 und 30 a der Reichsverfassung vorlegen konnte! Die Wahlen wären recht anders ausgefallen.

Der Paragraph 30 a gestattet den Religionsgesellschaften und religiösen Vereinen, ihre geistlichen Angelegenheiten als vollständig unabhängige Korporation zu ordnen. Der Staat hat also, was daran die Hauptsache ist, weder bei der Beizung der Kirchenämter etwas zu sagen, noch darf er die kirchliche Sanftionierung gewisser politischer Auffassungen und Interessen mittels Predigt und sonstiger gottesdienstlicher Handlungen von den Geistlichen verlangen. Ein ungeheurer Fortschritt gegen früher. Den Furch des ehemaligen Zwangsverhältnisses verwandelt diese folgenreiche Bestimmung des § 30 a in den Segen eines Freiheitsaktes nach zwei Seiten hin: die Kirche wird die staatliche Obrigkeit los und der Staat wird den Rückwirkungen der kirchlichen Autorität entzogen.

Das war sehr anders vordem. In alles, was die Kirche tat, steckte der Staat seine Nase hinein. Ein Geistlicher wurde angestellt. Der Staat hatte das Recht zu fragen, was ihn für ein Mann, was hat er für politische Anschauungen, wie denkt er über die Sozialen, über den Goddichter Josef Kauff, über den Parademariach und sonstige heilige Güter? Wehe dem Geistlichen, der hierüber nicht die vorchristlichen Auffassungen hatte und der so unvorsichtig war, einmal sein Herz über die Lippe spritzen zu lassen. Dreimal wehe, wenn er sich zu jähm demokratischen oder gar zu sozialistischen Anschauungen bekannte. Es wurde kurzer Prozeß mit ihm gemacht, oder man eskelte ihn mit den bekannten Praktiken, die man tüdendweise dafür in Bereitschaft hatte, aus dem Amt hinaus. Der Fall kam selten vor, weil die kirchlichen Behörden, in ihren obersten Vertretern Geist vom Geiste des alten Regierungssystems, schon selbst für die Fernhaltung moderner gesinnter Elemente sorgten. Der alte Staat, als verfassungsrechtlich und zählende Oberbehörde der Kirche, durfte sich dieser gegenüber aber mehr noch herausnehmen und er tat es. Er nutzte den Geistlichen die Vertretung aller jener Interessen zu, die unter dem Begriff der „Staatsraison“ teilweise die fittich überliefen Forderungen enthalten. So und nur so konnte es geschehen, daß die Kirche mit der unchristlichen und mit der unchristlichen Institution auf Gottes Erdboden, in dem Militarismus, Bundesbrüderchafts schloß und sich als Soldat in seinen Dienst stellte. Als ob der Geheißgeber vom Sinai nicht sein strenges Wortverbot erlassen hätte, predigten die Geistlichen daran vorbei und wie zum Hohn auf Gott erschlehten sie während des Krieges seine Beihilfe fürs Töten, fürs Tausend- und millionenfache Töten, fürs Töten ohne Ende. Jahre dauerte das. Endlich kamen auch die Geistlichen zur Besinnung, daß das, was sie da im Gebet erschlehten, doch so ist, daß Gott bei dessen Anhören taub werden könnte. Da aber kam der Staat dahinter und befaß: nur nicht schwach und ängstlich werden, nur weiter gebiet und gepredigt fürs Morden, es kann gar nicht genug gemordet werden. Herr v. Hintze, der Minister des Auswärtigen, Kühmanns Nachfolger und ganz und gar eine Kreatur von Rudenborffa Gnaden, hat die Geistlichen noch mitten in der unglücklichen Julioffensive angewiesen, den Aushalte- und Eroberungsgedanken von den Kanzeln zu vertreten.

Die Dienste, welche so die Kirche dem Staat leistete, verpflichtete diesen zu Gegenleistungen. Der Staat sorgte dafür, daß bei seinen Amtskandidaten die kirchliche Bestimmung, oder mindestens die äußere kirchliche Zugehörigkeit, erhalten blieb. Das Zweite wurde einfach verlangt. Das waren die Rückwirkungen der kirchlichen Autorität auf den Staat. Aus diesem Wechselverhältnis entstanden nun die ungeunden und widerwärtigsten Gesellschaftstypen des modernen Deutschland: ein polterndes Rudertum, ein kippeneifriges, zu Ausforderungen und Denunziationen neigendes Scheinfröletum, eine pharisäische Rasselbande. Der wirklichen Religiosität sind Leute dieses Schlages samt und ionders bar, aber gewandt in der Manier, ihre frömmelnden Gebärden nach oben hin als wahre Religiosität, als aufrichtiges Christentum zu projizieren, sind sie gewesen. Als nun gar mit Wilhelm II. der Romantiker mit dem ungesunden Geimweh nach dem Mittelalter auf den Thron kam, da wuchs diesen Spezies eine neue Quakität an: die Hof- und Gesellschaftsüblichkeit. Was hoffähig sein, was zu den „oberen Kreisen“ gehören wollte, mußte „kirchlich“ gestimmt sein. Die ganze Sache kam letzten Endes auf Karriere machen hinaus und dazu läßt es eine derartige Zwangsverbundenheit von Staat und Kirche überall mit psychologischer Gelehrlichkeit kommen.

Kein Wunder, wenn bei solchen Verhältnissen und Entwicklungen Geistliche aller Konfessionen selbst die Trennung von Staat und Kirche verlangt haben. Mit der jetzt Gesetz gewordenen Separation lenkt die Kirchengeschichte in das un-

ruhe. Uhr, in trage, ung. gieb der problem. nde, De. Berlamm- rshelnen. rhand. b. D. indet im ng orgung. er zur intwohner den. Um in dieser 2813 rhand. aus. 2827 eaters. ler. 10. 10 Uhr. hr: ert s. ivetter. e und sers. großes 2785 V. abends on ür Mit- 1, sowie 2831 e. verich. larten. o extra. lenfice. n. 2207 ng 7. April 2832 e. etc. er 2738 a.

springliche Programm der Zentrumspartei ein. Die Herren vom Zentrum haben dem Verpöbchen, die Trennung mit der vorbildlichen Schonung der Vereinigten Staaten durchzuführen, mißtraut und sie haben unter der eingangs erwähnten Parole mittamt dem Marmrus: „Die Religion ist in Gefahr!“ eine ziemlich bedenkenfreie Wühlpartie getrieben. Na, die Wühl ist vorüber und Abrechnung nächstes Mal. Einstweilen macht die sozialistische Regierung wahr, was sie versprochen hat: kein Eigentum wird der Kirche oder anderen religiösen Verbänden geraubt, die Geistlichen bleiben im Genuß auskömmlicher Bezüge mittels Besteuerungsrechts ihrer Kirchenangehörigen. Diesen Passus haben allerdings noch die Landesgesetzgebungen zu bestätigen.

Trennung von Staat und Kirche ohne die Auflösung der zwangsmäßigen Verbundenheit von Schule und Kirche ist natürlich nur ein halbes Wort. Ohne Frage wird auch hier die Trennung erfolgen. Sie wird durch die Abschaffung des pflichtmäßigen Religionsunterrichts abermals einen Doppelschlag bringen: daß der Religionslehrer von unwilligen Schülern befreit wird, daß Schüler ohne religiöse Veranlagung oder mit antireligiösen Überzeugungen nicht zur Heuchelei der Ablegung eines Bekenntnisses gezwungen werden. Die Bestimmung, es den Eltern anheimzustellen, ob sie ihre Kinder am Religionsunterricht teilnehmen lassen wollen, genügt den Forderungen des Programms: „Religion ist Privatfache“ nicht ganz. Man soll es von einer gewissen Altersklasse ruhig den Schülern überantworten, ob sie den religiösen Unterricht weiter haben wollen oder nicht. Die Abneigung oder Buneigung hierfür entwirft sich ziemlich früh und der Junge folgt es dem jungen Menschen mit wohl beratender Deutlichkeit, ob er von dem weiteren Mitmachen am Religionsunterricht noch etwas profitieren kann.

Unter Vorbehalt zielt auf alles andere als auf Religionsbekämpfung. Wir sind im Gegenteil der Meinung, es kann gar nicht Religion genug geben, wobei der Glaube an das Jenseits mit einem weltanschaulichen Gott ruhig den Abschluß der religiösen Gedankenreihe bilden möge. Nichts ist flacher als die Ansicht des mechanistischen Materialismus, die Ansicht, es gebe auf der Welt nur kleine körperliche Massenteile und daraus sei der ganze Bestand des Universums herzustellen. Die Sozialdemokratie hat mit dieser aberläubigen Auffassung nichts zu tun, so häufig sie ihr auch jetzt von allerhand Verfälschern über das Thema: „Religion und Sozialismus“ untergeschoben wird. Aber der Zwang in diesen Dingen muß aufhören. An und für sich gehört ja das, was die Religion uns lehrt, zu den lebensbereichendsten Erörterungen, die wir kennen. Der Schöpfungsbericht, der Sündenfall, die Geburt Christi, die Flucht seiner Eltern nach Ägypten, sein Leben, Leiden und Tod und tausend anderes, dessen Seele ist stumpf, daß er von diesen Dingen nicht mit tiefer Ergriffenheit Abschied nähme und in Stunden der Ratlosigkeit tröstend zu ihnen zurückkehrte? Aber ein Zimmer mit Fröhen und Gesühlskandörnung wird daraus, wenn man als Kind und Jüngling gezwungen wird, diesen Erbauungsstoff allwöchentlich durch zwei oder drei Schulinterpretationen zu schleifen, ihn hinterher auswendig zu lernen und sich auf fleißiges Eintrichtern abfragen zu lassen. Ein Zimmer ist es, tausend Dinge, deren allegorischer Sinn und legendarische Einleitung offen zutage liegt, als buchstäbliche Wahrheit nehmen zu müssen und sie späterhin in Form eines öffentlichen Bekenntnisses vor ganzer Gemeinde vorzutragen. Da hört Religion auf und die Heuchelei beginnt. Und nun kommen die Fischen und Dreifüßler, die Halbgebildeten und Panattischen, werfen alles in einen Brei und behaupten: Religion ist Pfaffenhündel. Das wird nicht anders sein, solange es beim Bewange bleibt. Die Religion ist nach Friedrich Paulsen das „zarteste Gewächs unseres Geistes“. Sie stirbt mit der Wurzel ab, wenn äußere Nötigungen sie zu biegen und zu richten zwingen. Kommt noch gar die Verbindung mit faulen Staatszwecken hinzu, dann gibt es der Anlagen kein Ende, welche die „Aufgeklärten“ gegen Religion und Kirche vordringen können.

Mr. sagt, Hr. Herren vom Zentrum, ohne die religiöse Erziehung sei die Moral gefährdet. Nun, das ist nicht wahr. Das statistische Material, das da in einigen Karlsruher Blättern i. B. beigebracht wurde, legt durchaus nicht die Schlussfolgerung nahe, mangelnder Religionsunterricht, mangelndes Kirchenamt erhöhe Kriminalität. Dazu wäre sehr

vielen zu sagen. Heute sei nur darauf hingewiesen: Eine von auferfülllichen Motiven bestimmte Handlungsweise ist keine sittliche Handlungsweise. Und vor allen Dingen: die sittlichen Gebote als Verordnungen vom Jenseits zu dekretieren, bedeutet der Moral einen schlechten Dienst zu erweisen. Kommt es doch dazu, daß die Glaubensgrundlage infolge theoretischer Bestimmungen oder über Erklärungen eintritt, so fällt leicht die Sittlichkeit dazu, denn es ist, so kästlich der in Verdringung kommende, nun: Es ist ja keiner im Jenseits dg. der mich lohnen oder strafen kann. O-n.

### Aus der Partei. Der Parteitag.

Parteienoffen!  
Auf Grund des Organisationsstatuts der Partei beruft der Parteivorstand den nächsten Parteitag auf

Dienstag, den 10. Juni 1919, nachmittags 4 Uhr, nach Weimar ein.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Bericht des Parteivorstandes:  
a) Allgemeines. Berichterstatter: Otto Wels.  
b) Kasse. Berichterstatter: Fr. Bartels.
2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: Fr. Brühne.
3. Bericht der Organisationskommission.
4. Bericht der Kommission zur Beratung der Prehangelgesetze.
5. Bericht der Fraktion der verfassunggebenden Nationalversammlung. Berichterstatter: Raul Wbe.
6. Die Aufgaben der Partei in der Republik. Berichterstatter: H. Scheidemann.
7. Anträge.
8. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Parteienoffen! Wir fordern Euch auf, die Vorarbeiten für den Parteitag, besonders die Wahlen der Delegierten und die Stellung von Anträgen rechtzeitig zu bewirken. Die Anträge der Parteiorganisationen müssen spätestens am 17. Mai im Besitze des Parteivorstandes sein, wenn sie nach den Bestimmungen des Organisationsstatuts veröffentlicht werden und in der gedruckten Vorlage für den Parteitag Aufnahme finden sollen. Den Anträgen beigegebene Begründungen können nicht veröffentlicht werden.

Die Vorstände der Wahlkreisorganisationen werden dringend ersucht, dem Parteivorstand die Namen der gewählten Delegierten unter genauer Adressenangabe alsbald mitzuteilen, damit ihnen die Unterlagen und sonstigen Mitteilungen zugesandt werden können.

Wegen Wohnungsverhältnisse müssen sich die Delegierten außerdem beim Lokalkomitee melden.

Adresse: Julius Palm, Weimar, Bernh. Str. 2 a.  
Die Mandatsformulare werden rechtzeitig von uns verschickt.  
Berlin, den 3. April 1919.

### Der Parteivorstand.

Die Mannheimer Parteienoffen und die neue bad. Verfassung. In zwei Mitgliederversammlungen befaßte sich der sozialdemokratische Verein Mannheim mit einem Referat des Genossen Marx-Karl über die neue bad. Verfassung und der Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion. Das Ergebnis der Aussprache fand in folgender einstimmig angenommener Entschließung seinen Niederschlag:

Die am 8. und 11. April tagende Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Mannheim spricht nach Anhören eines Vortrags des Genossen Marx über die neue badische Verfassung unsere Genossen in der vorläufigen Regierung und der Fraktion der bad. Nationalversammlung Anerkennung und Dank für die geleistete Arbeit aus.

Wir fordern unsere Mitglieder auf, bei der Volksabstimmung am 13. April im Sinne der Veröffentlichung des Landesvorstandes einmütig für die beiden vorgelegten Fragen mit „Ja“ zu stimmen, unbeschadet des prinzipiellen abweichenden Standpunktes zu einem Paragraphen des neuen Verfassungstextes. Von unseren Genossen in der neuen badischen Regierung und den Mitgliedern unserer Fraktion in der Nationalversammlung erwarten wir die Verwirklichung eines weiteren sozialistischen Fortschreitens auf dem Wege zur Verwirklichung

des Arbeiterprogramms durch möglichst beschleunigte Erledigung der auf Grund der neuen Verfassung zu erlassenden Ausführungsgesetze.

Weiter wurde nachstehende Entscheidung ebenfalls einstimmig angenommen:

Die heutige Mitgliederversammlung steht auf dem Standpunkt, daß die Regierung die Pflicht hat, unverzüglich Fachlehr- und Ausbildungskurse für alle Arbeiter- und Beamtenkategorien einzurichten, um es befähigten Leuten aus den untersten Arbeiter- und Beamtenstufen zu ermöglichen, in höhere Stellungen aufzusteigen, getreu dem Grundsatz: Freie Bahn dem Tüchtigen!

In der Aussprache wurde weiter die Haltung der „Volksstimme“ anerkannt und der Redaktion der Dank für die geleistete, überaus schwere und aufreibende Arbeit ausgesprochen. Nur über die Papierknappheit wurden die lebhaftesten Klagen laut. Es wurde ausgeführt, daß es unverständlich sei, daß die bürgerlichen Blätter Papier genug hätten, während das sozialdemokratische Organ an chronischem Papiermangel leide. Es kam in der Aussprache hierüber zum Ausdruck, daß die Parteienoffenheit nicht gemillt ist, ferner taatenlos zuzusehen, wenn die bürgerlichen Blätter Tag für Tag in ihrer alten Größe erscheinen, während die „Volksstimme“, die im vierten Wahlkreis das einzige sozialdemokratische Organ sei gegen 21 bürgerliche, wegen Papiermangel nicht einmal ihre Leser richtig informieren könne. Es soll nochmals bei den maßgebenden Stellen der Versuch gemacht werden, Papier zu erhalten, könne dabei nichts erreicht werden, dann müsse man zur Selbsthilfe greifen. Die Parteienoffenheit soll sofort energische Schritte zur Durchführung dieses Beschlusses tun. Was hier von der „Volksstimme“ bezüglich der Papierknappheit gesagt wird, trifft auch in jedem Punkte für unser Blatt zu; auch bei uns werden die Verhältnisse nachgerade untragbar. Die Red.)

Durlach, 15. April. Donnerstag abend 8 Uhr findet im „Darmstädter Hof“ (Nebenzimmer) eine Besprechung der Sozialdemokratischen Frauenaktion statt, in der die Genossin Knecht den einleitenden Vortrag halten wird. Wir erlauben die Genossinnen für guten Besuch der Besprechung einzutreten.

b. Durlach, 13. April. Jugendausschuss. (Freie Jugend.) Heute abend 1/8 Uhr, Spielabend im Lokal „Goldener Löwe“, Hauptstr. 64, Eingang über den Hof. Die Eltern werden ersucht, ihre Söhne und Töchter, die der Schule entlassen sind, in die Veranstaltung des Jugendausschusses zu schicken.

m. Durlach, 14. April. Samstag abend hielt der Sozialdem. Verein eine außerordentliche Generalversammlung ab. Der Besuch war ein guter. Im ersten Punkt der Tagesordnung gab der Vorsitzende Gen. L. Binder den Geschäftsbericht; aus diesem war zu ersehen, daß der Verein verhältnismäßig gut über den Krieg hinweggekommen ist. Es sei auch hier den Genossen, die an einer Organisation über die schwere Zeit zusammengestanden und nun wieder eintreten, der Dank ausgesprochen. Der Mitgliederstand und die Anzahl der Abonnenten der Parteipresse hat wieder erheblich zugenommen. Es muß Aufgabe aller Parteienoffen sein, dafür zu sorgen, daß wir unsere Organisation wieder so ausbauen, wie es vor dem Kriege der Fall war. Den Massenbericht gab Gen. A. Wurm. Auch hier konnte ein den Verhältnissen entsprechender guter Bestand festgestellt werden. Bei der hieraufstattgefundenen Neuwahl wurden gewählt: 1. Vorsitzender Gen. A. Wurm, 2. Vors. Gen. Hermann Weber, Schriftführer Gen. H. A. Rauch, Kassier Gen. W. K. K. K., Vertreter der Genossen Fr. Kallmer und Friedrich Bräuer, Diener Gen. Hermann Schlimm. Bei Punkt 2 „Stellungnahme zur Bezirks- und Kreislagerversammlung“ wurde der Wunsch ausgesprochen, man möge die länderlichen Organisationen mehr wie bisher bei der Verteilung der Mandate berücksichtigen. Von unserer Organisation wurden vorgeschlagen die Genossen Bürgemeister Weber und Strohsfeld. Im Punkt 3 „Bericht über die Arbeit der Landeskommission für die Jugendberufshilfe“ besprach man noch die Lebensmittelförderung in dieser Gemeinde. Die Verhältnisse haben die Einwohner schon bis zur Grenze ihrer Geduld gebracht. Es wird Sache unserer Vertreter im Kommunalrat sein, dafür zu sorgen, daß so rasch wie möglich Abhilfe geschaffen wird. Denn daß man eine Gemeinde wie Durlach, die ein ausgeprägter Industrieort ist, einfach in die Selbstverforgemeinden einreicht, muß als großes Unrecht bezeichnet werden. Zum Schluß sprach Gen. A. Wurm noch im Namen der Versammlung den aus der Verwaltung ausgeschiedenen Genossen L. Binder und H. Strohsfeld den Dank für ihre der Partei geleisteten Dienste aus. Alle Mitteilungen sind zu senden an: Gen. Karl Wurm, Schulstraße 30.

Bürrersheim, 15. April. Samstag, 19. April, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Schiff“ eine Mitgliederversammlung des Wahlkreises statt. Die Gemeindevorstände stehen vor der Tür, weshalb es Pflicht eines jeden Genossen ist, für pünktliches und vollzähliges Erscheinen Sorge zu tragen. Auch die sonst Säumigen und Launen mögen diesmal erscheinen.

Verblüfft sah er den Schuster Schmidt an, der gleichgültig neben ihm stand und ein unbedingtes Gesicht machte. „Na, was soll denn das sein? Etwas Festsitzendes vom Lande? ... Ne — da müssen Sie ins Hinterhaus gehen ... Die Bleichschmidt kann Ihnen vielleicht sagen, wo man was findet.“

Draußen hinter der Tür gab es verblüffte Gesichter und ein Verlegenheits-... Beteuernd sagte die Bleichschmidt: „Das ist eine infame Lüge. Aber das laß ich nicht auf mir sitzen. Ich verklage den Schmidt.“

Die andern nickten beifällig und gingen ein wenig enttäuscht davon. Drinnen sagte der Schuchmann entschuldigend zu dem Schuchmachermeister: „Nichts für ungut! — Aber man hat aufpassen!“

„Ja gewiß. — Also vergessen Sie nicht. — Die Bleichschmidt.“ Der Schuchmann hörte bereits nichts mehr, auch nicht, als der Schuster halb laut für sich sagte: „Nur gut, daß er das andere Paket nicht aufmachte...“

### Weiteres.

Die Stednabel. Es war einmal ein kleiner, armer, schlunbter Junge, der fand eine Stednabel auf der Straße. Er bildete sich, daß die Nabel auf und steckte sie in den Knick seines Hoses. Ein alter, reicher Herr sah den Jungen und wie er die Nabel aufgab. In dem Jungen steck man, dachte der alte Herr. Er ist sparsam, ordentlich und auch im Kleinen genau. Der alte Herr nahm sich des Jungen an, zog ihn auf, machte in eines Tages zu seinem Kompagnon und hinterließ ihm schließlich viele Millionen. Eines Tages erhielt der ehemalige Schulmeister des armen, schlunbten Jungen den Besuch des nunmehr reichen Mannes. In der Hand hatte er einen Scheck über 50 000 Mark, die er seinem alten Lehrer schenkte. „Aber solch ein Geschenk habe ich ja gar nicht verdient“, sagte der alte Lehrer. „Ich hab doch nicht Ihr großes Glück gemacht.“ „Doch“, sagte der reiche Mann, „Ihnen habe ich alles zu danken. Ich habe die Stednabel von der Straße aufgehoben, um sie Ihnen in den Stiefel zu stecken.“

### Der Hamsterer.

Von Karl Rütge.

Das war ja einer, der dicke Schuster Schmidt! Jede Woche bekam der ein paar Pakete, natürlich welche mit „was drin“, vom Lande. Es war unglaublich, wo der's nur her bekam?

Na, umsonst war der ja nicht so dick und wohlgenährt. Das war ganz klar! Die Pakete machten's!

Aber das würde man nun nicht länger mehr mit ansehen. Man war einfach verpflichtet, das anzuzeigen! Jawohl! Und das würde man auch tun!

Na — und überhaupt: Für ein Paar Gerrentiefeln zu bezahlen nahm der Mensch jetzt 8 Mark 50 Pfennige! Wo man früher 2 Mark 75 Pfennige und wenn es hoch kam mal 3 Mark bezahlte!

Das war so einer: ein Bucherer und außerdem ein — Hamsterer!

Einer von der schlimmsten Sorte! — — — Auf dem Treppenaufgang des dritten Stockes hielten die Hausbewohner Kriegsrat. Die Müllerin von der ditten, die Bleichschmidt vom Hinterhaus und die zwei Fräuleins, die bei der Witwe im zweiten Stock „möbliert“ wohnten. — — —

Das abermalige Abheuern von zwei unheimbaren, aber gerade darum recht verdächtigen Paketen durch den Postpaketboten, unten beim Schuster, hatte die Gemüter zur höchsten Erregung gebracht.

Man hielt Rat, was man für Schritte unternehmen könne. Die Bleichschmidt schrie erdost: „Anzeigen! Die Polizei holen!“

Das eine „möblierte“ Fräulein wehrte sanft ab: „Mein, nicht so! Da werft er, wer es angezeigt hat. Man müßte anonym an die Polizei schreiben.“

Die runde Frau Müller zuckte verächtlich die Achseln: „Nur — das macht man nicht!“

„Ach Unsinn!“ rief die Bleichschmidt kurz, „die Polizei wird geholt. Ich habe eine Bekannte, die kennt einen Kriminalschuchmann. Der muß kommen.“

„Ja, das zieht“, sagte befriedigt und aufatmend das jüngere Fräulein.

Die Bleichschmidt nickte und sagte gütig: „Natürlich, unter-eins hat auch nichts zu knabbern! Was sollen „solche“ Leute was „extra“ haben...“

Es war also beschlossene Sache! Bereits am Nachmittag erschien ein Kriminalschuchmann bei dem dicken Schuster. Ganz öffentlich. Das sollte obdunkelnd wirken. Die ganze Straße wußte bereits, was bei Schmidt los war.

Hinter der Tür, die vom Hanslur in den Laden des Schusters führte, fanden lautend und kadendende Spannung auf den Gesichtern die Bleichschmidt, die Müllerin und die beiden Fräuleins.

Der Schuchmann fragte drinnen streng und mit höchster Aufmerksamkeit: „Sie haben heute morgen zwei Pakete bekommen. Wo sind die? Was ist darin?“

Der Schuchmachermeister Schmidt nahm die Bielte aus dem Mund, sah den Schuchmann groß an und sagte: „Nanu, woher weiß denn das die Polizei?“

Schadenfroh sagte der Schuchmann: „Dah wir es wissen, kann Ihnen genügen. Wir wissen auch noch mehr. Wir wissen sogar, was drin ist!“

Draußen stehen sich die Müllerin, die Bleichschmidt und die beiden Fräuleins an und machen bestrebtige Gesichter.

Der Schuster sagte drinnen ruhig: „So — na, da weiß die Polizei mehr als ich. Ich weiß nämlich noch nicht, was drin ist. Hier sind die Pakete noch.“

„Famos!“ jagte der Kriminelle, „da werde ich sie gleich selbst aufmachen!“

„Bitte“, sagte der Schuster und reichte ihm sein Messer. Die Bleichschmidt, die noch an dem Paket steckten, wollte er unbemerkt in der Hosentasche verschwinden lassen, aber der Beamte merkte es. Sichtlich hat er darum und sah triumphierend nach dem Abwender. Auf beiden Abwärtigen dieselbe gedruckte Firma: „Schuchmann-Vertriebsgesellschaft m. b. S.“

Der Beamte schüttelte den Kopf: „Das macht uns nicht irre, mein Lieber! Den Kniff kennen wir!“

Gütig lächelte er den Winkenden des ersten Paketes. Enttäuscht stieß er das Paket zurück. „Donnerwetter — wirklich nur Schuch!“



# Der 1. Mai Nationalfeiertag.

Weimar, 15. April.

Die Sitzung beginnt um 10 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen Anträge. Auf die Beschwerde des Abg. Schiele (D. V.) wegen Verhaftung von Vorstandsmitgliedern der Deutsch-Rat. Volkspartei im Saarland durch die Franzosen erklärt als Vertreter der Waffenstillstandskommission Dr. Kömmer, daß ein Teil der Verhafteten bereits freigelassen worden sei. Auf die Frage von Abg. Frau Wende (D. V.) nach dem Schicksal der in Belgien widerrechtlich zurückgehaltenen deutschen Zivilisten erklärt als Vertreter der Waffenstillstandskommission Dr. Kömmer, daß die Verhafteten bereits freigelassen worden sind. Auf die Frage von Abg. Rosenstein (Soz.) macht Vordr. die Vorlage zur Behebung der Wohnungsnot und fordert Höchstpreise für die Wohnungen. Regierungskommissar Dr. Löwe erklärt Höchstpreise für Wohnungen als undurchführbar.

Es folgt die erste Lesung der Vorlage zur Festlegung des 1. Mai als Nationalfeiertag.

Nach der Regierungsvorlage soll der 1. Mai zum allgemeinen nationalen Festtag erhoben werden. Hierzu beantragen die Abg. von Pappe (Dem.) und Müller-Breslau (Soz.) den entscheidenden § 1 wie folgt zu fassen:

Es wird ein allgemeiner Feiertag eingeführt, der dem Gedächtnis des Weltkrieges, des Völkervertrages und des internationalen Arbeiterkampfes gewidmet ist und für den der Charakter eines Volkstages erreicht wird. Seine endgültige Festlegung erfolgt nach Friedensschluß und Verabschiedung der Verfassung. In diesem Jahre wird er am 1. Mai gefeiert zugleich als ein Gedächtnistag für politische und soziale Fortschritte, für einen gerechten Frieden, für sofortige Befreiung der Kriegesgefangenen, die Mäßigung des besetzten Gebietes und für volle Gleichberechtigung im Völkervertrag. Der 1. Mai 1919 gilt im Sinne reichs- und landesgesetzlicher Vorschriften als allgemeiner Feiertag.

Die Unabh. Sozialdemokraten beantragen, auch am 9. November zum allgemeinen Feiertag zu machen.

Reichsminister David: Wir fordern einen allgemeinen Feiertag, der dem hohen Ideal des internationalen Arbeiterkampfes und des Völkervertrages gewidmet sein soll. Die moderne kapitalistische Wirtschaftsentwicklung bedroht Millionen von Menschen mit gesundheitlichen Schädigungen und persönlicher Verelendung. Dagegen kämpft die Arbeiterbewegung um die Erhaltung der menschlichen Würde. Die Revolution hat der deutschen Arbeiterklasse ein neues Ziel gesetzt, die Erfüllung der Forderungen des Völkervertrages, aber auch die Befreiung der Arbeiter von der Knechtung durch die Bourgeoisie. Die internationale Arbeiterbewegung hat die Forderung der organisierten Arbeiter auch in den Ländern der Entente ist es jetzt, das in Deutschland Erregung international zu führen. Der 1. Mai, bisher ein Kampftag der organisierten Arbeiterklasse, soll nunmehr ein allgemeiner Volkstagsfeiertag werden. Nach werden ererbte Kämpfe geführt zwischen Parteien und Schichten in unserem Volke, aber der ernste Wille auf der neuen weltlichen Grundlage, die Gegensätze zu überwinden, soll am 1. Mai zum Ausdruck gebracht werden und noch einem zweiten Ideal gilt der 1. Mai, dem Ideal einer dauernden Gemeinschaft der Völker, erscheint die Forderung eines dauernd gesicherten Weltfriedens im Kriege als ein heiliges Ideal einer noch ferneren Zeit, so ist die Forderung der nationalen Politik geworden. Die lebende Generation, die den Krieg erlebt hat, will seinen Frieden mehr, sie will aber auch, daß ihre Kinder und Kindeskiner der ähnlichen Katastrophen bewahrt bleiben. Bei den heroischen Vorfahren freilich sind die Kämpfer an der Arbeit. Gegen deren Pläne appellieren wir an die Arbeiter auch in den siegreichen Ländern. Nur auf der Grundlage eines gerechten, auch für das deutsche Volk annehmbaren Friedens kann die Gewähr einer Dauer geschaffen werden. Das soll am 1. Mai als der entscheidende Wille des gesamten deutschen Volkes allen Feinden eines dauernden Völkervertrages zum Bewußtsein gebracht werden. Die Regierung nimmt den demokratisch-sozialdemokratischen Antrag an. So möge das deutsche Volk sich rüsten zur allgemeinen Feier des 1. Mai, möge es ihn gestalten zu einer mächtvollen Verewundung des Willens zum Frieden im Innern unserer Volksgemeinschaft und zum dauernden Frieden von Volk zu Volk. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erhardt (Ztr.): Wissen wir denn, ob unsere Gegner gewillt sind, einen derartigen Feiertag einzuführen? Welche Kreise unseres Volkes sind angehängt der Lage der Ansicht, daß es zweckmäßig wäre, einen Trauer- und Bußtag einzuführen, durch den unser Volk auf den furchtbaren Ernst der Lage hingewiesen wird. Wenn nun aber schon einmal ein Feiertag eingeführt werden soll, so wäre zu wünschen, daß es wenigstens ein Tag wäre, durch den die Einigkeit und Geschlossenheit des Volkes zum Ausdruck kommt. Das trifft aber gerade für den 1. Mai nicht zu. In voller Würdigung der Gesamtverhältnisse ist die große Mehrheit meiner Parteifreunde nicht in der Lage, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Abg. Dr. Köhnke (Dem.): Der Antrag, den wir stellen, lenkt das Auge des Volkes auf die gemeinsamen Ideale des Weltfriedens, des Völkervertrages, des Schutzes der Arbeitskraft. Mit ihm nehmen wir dem Tage den Charakter eines Kampftages, den er selber hatte. Auf welchen Tag wir die Feier verlegen, behalten wir uns vor. Für das laufende Jahr ist der 1. Mai die rechte Zeit, denn da stehen wir dicht vor der Entscheidung über unsere Zukunft.

Abg. Köhnke (D. V.): Ich möchte dringend warnen, in diesem empfindlichen Punkte unserer Weltanschauung uns angreifen und zu verwunden. Es wirkt auf uns im höchsten Grade befremdend und erstaunlich, daß man in dieser Zeit einen Feiertag einführen will. Ein Streit folgt dem andern, Millionen von Arbeitstagen werden vergeudet, ist es da wirklich notwendig, in dieser Zeit dem ganzen Volke noch einen Feiertag aufzubringen und aufzuzwingen. Nicht einen neuen Feiertag brauchen wir, sondern eher einen Trauertag. Wir lehnen den Antrag ab.

Abg. Fraas (U. S.): Gewaltpolitik treiben nicht die Arbeiter, sondern die Bourgeoisie. Die Arbeiter in England, Frankreich und Italien sind mit uns für Völkervertrug und Völkerverständigung und werden mit uns den 1. Mai feiern. Die Arbeiterklassen denken nicht daran, sich den 1. Mai verjähren zu lassen. Wird unser Antrag abgelehnt, dann steht die Nationalversammlung der Revolution verständnislos und feindselig gegenüber.

Reichsminister Dr. David: Der Vordr. den 9. November ebenfalls zum Feiertag zu erheben, erscheint verfrüht, während der 1. Mai eine aktuelle Frage ist. Der Antrag Köhnke-Müller hat den großen Vorzug, daß er den Charakter dieses Feiertages und die Ziele, denen er gewidmet ist, festlegt. Es wäre ein seltsames Zusammentreffen, wenn die äußerste Linke ihre Stimme mit denen der Rechten vereint, um dieses Gesetz zu Fall zu bringen. Die große Masse der Arbeiterklasse würde darüber das richtige Urteil fällen. Wenn der Abg. Köhnke die Christlichen in diesem Hause zur Ablehnung des Gesetzes auffordert, so ist mir nicht klar, inwiefern die Lehren und Forderungen des Christentums sich im Gegensatz befinden zu den Idealen, denen dieser Volkstagsfeiertag gewidmet sein soll. Die Sozialdemokratie ist niemals gegen christliche Feiertage Sturm gelaufen, sondern jederzeit energig einsetzend für Sonntag- und Feiertagsruhe. Ich bitte

die zur Rechten, dieselbe Toleranz gegen Andersdenkende zu üben, die Andersdenkende Ihnen bewiesen.

Abg. Dr. Mittelmann (D. V.): Wir betrachten dieses Gesetz als eine Herausforderung des ganzen deutschen Bürgertums. Die Ausführungen des Abg. Fraas zeigen, daß der 1. Mai nichts anderes sein soll als ein sozialdemokratischer Feiertag. Es entspricht nicht den Tatsachen, daß diese Volkstagsfeier gefordert hätte. In den Reichstagsreden sieht es mehr als brüchig aus. Wir bedauern, daß die Regierung auch in diesem Falle eine Politik treibt, die ihren Ausgangspunkt nimmt von der Rücksicht auf die Straße. Wir lehnen den Gesetzentwurf mit Entschiedenheit ab und beantragen namentliche Ablehnung, um vor dem ganzen Lande und der Geschichte festzustellen, wer aus den bürgerlichen Parteien die Verantwortung für die Ablehnung der Vorlage würde den inneren Frieden nicht herbeiführen, sie würde vielmehr ein Signal werden, den 1. Mai nun erst recht zu feiern. In diesem Jahre gilt die Feier dem Reichsfrieden und der Befreiung unserer Kriegsgefangenen. Es ist unverständlich, wie die Rechte sich dagegen wenden kann.

In der Abstimmung wird der Antrag der U. S. gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Der Antrag Köhnke-Müller wird mit den Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, eines Teiles der Demokraten und einer Zentrumsmehrheit angenommen. In der dritten Lesung wird der Antrag Köhnke-Müller, aber den auf Antrag der Rechten namentlich abgelehnt, mit 161 gegen 86 Stimmen bei 10 Stimmenthalten angenommen. Der Gesetzentwurf gelangt darauf in der Gesamtsitzung im Hause zur Annahme.

Parasol wird das Ermächtigungsgesetz, nachdem Abg. Wadstein die Beschlüsse des Ausschusses zur Annahme empfohlen hatte, in der 2. und zugleich auch in der 3. Lesung in der Ausschlußfassung angenommen.

In einer Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Fraas (U. S.) und dem Minister Erzberger erklärt letzterer: Die Note am 12. Dezember, in der vom Kampf gegen den Bolschewismus die Rede ist, ist, wie mir das Kundstättige Amt beiläufig hat, damals dem Abgeordneten Fraas nicht mitgeteilt worden. Die Behauptung, daß die Ministerpräsidenten den Wortlaut der Note gekannt hätten, kann ich nicht aufrechterhalten.

Es folgt die zweite Lesung des Reichsgesetzes.

Der Ausschuss hat die Regierungsvorlage mit der Veränderung angenommen, daß spätestens bis zum 1. April 1920 eine Regelung der Materie durch ein besonderes Reichsgesetz erfolgen muß. Von dem Unabhängigen liegt ein Antrag auf Einarbeitung des Kärntner Systems in den Kalbergbau vor.

Abg. Vren (Soz.): Das Spekulationsfieber in der Industrie muß bekämpft werden, indem Neugründungen unmöglich gemacht und die bestehenden Werke auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt werden. Den Antrag der Unabhängigen lehnen wir ab. Der radikalste Arbeiterrat wird nichts zu beraten haben, wenn die Bergwerksarbeiten eröffnet sind.

Abg. Pohlmann (Dem.): Was heute hier geschieht, bedeutet noch keine volle Sozialisierung, es muß aber zunächst genügen, um der großen Masse der Arbeiter die Lieberzeugung beizubringen, daß der politische Einfluß, den sie erlangen haben, auch Konsequenzen auf wirtschaftlichem Gebiete haben muß, das heißt, daß die wirtschaftliche Demokratie kommen muß.

Abg. Behrens (D. V.): Die Art und Weise, wie diese Vorlage vorbereitet und eingebracht wurde, ist typisch für die Völligkeit unserer Gesetzgebung. Die Regierung ist sich anscheinend auch gar nicht darüber klar, welche Fernwirkung die Vorlage auf die Landwirtschaft und damit auf unsere Volksernährung ausüben wird.

Abg. Reinde (D. V.): Wir sind bereit, den Entwurf mit den Veränderungen der Kommission anzunehmen, da es sich hier nur um ein Provisorium auf ein Jahr handelt. Aber die Bedenken gegen die Sozialisierung können wir nicht unterdrücken. Wenn wir nicht ein fruchtbares Rohr bekommen, stehen wir vor einer Hungersnot. Die Industriearbeiter müssen deshalb soviel wie möglich schaffen.

Abg. Dr. Gohn (U. S.) empfiehlt den Antrag der Unabhängigen, ehe das deutsche Wirtschaftsleben schweren Schäden erlitten habe.

Ges. Oberregierungsrat Reckmann: Inwiefern das Reichsgesetz aufreht erhalten bleibt, darüber schweben noch Erwägungen.

Die Vorlage wird in 2. und 3. Lesung in der Ausschlußfassung gegen die Stimmen der Unabhängigen und U. S. angenommen.

Hierauf erhält zu einer besonderen Mitteilung außerhalb der Tagesordnung das Wort Ministerpräsident Seebmann, der die Oberbefehlshaber des Reichspräsidenten verliest. Der Vordr. folgt lebhafter Beifall bei allen Parteien des Hauses. Das Haus geht in die Osterferien. Präsident Behrens erhält die Ermächtigung, Tag und Tagesordnung der nächsten Sitzung festzusetzen.

Schluß 3 Uhr.

## Kommunalpolitik.

Der Göttinger Kommunalverband. In einem Eingangs im „Bad. Landmann“ werden unsere Göttinger Bürger aufgefordert, sich zu wehren, damit wir nicht verhungern. Nach unseren bisherigen Erfahrungen wird auch dieser Wahrschein bei den lebenden Stellen unseres Kommunalverbandes ohne Gefahr bleiben, sonst hätten sie schon längst Schritte in unserer elenden Brot- und Mehloriegeung getätigt. Was in dieser Beziehung seit Jahr und Tag geschieht wird, spottet jeder Beschreibung. Vor etwa 3 Wochen ist nun der mit der Mehloriegeung betraute Beamte einer Wehrgemeinschaft auf die Spur gekommen, dieser hat offensichtlich seinen vorgelegten Berichten Mitleidung davon gemacht. Anstatt die Angelegenheit energisch zu verfolgen, blieb solche beruhigt, bis zum dritten Seite Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gemacht wurde. Da sich diese Schiebung, wie sich neuerdings herausgestellt hat, auch auf frühere Monate erstrecken sollen, so ist dringend zu wünschen, daß jetzt Klarheit geschaffen wird, damit wir endlich erfahren, weshalb wir uns so oft mit kaltem ungenießbarem Brot begnügen müssen.

J. Guggenau, 15. April. Der Bürgerausschuß genehmigte seinen Gemeindevorstand und Arbeiter für das 1. Halbjahr 1919 eine Feuerungszulage und Kinderbeihilfe. Verheiratete Arbeiter und Angestellte erhalten eine Zulage von 200 M., teilsweise 125 M. und 110 M. Ledige eine solche von 150 M., teilsweise 110 M. Die Beihilfe beträgt für jedes Kind unter 15 Jahren 72 M. Die Vorlagen wurden in beiden Fällen einstimmig genehmigt.

Heraus mit der Sprache. Vom Arbeiterrat Bretten wird uns geschrieben: In Nr. 51 Ihres Blattes stand ein Artikel, überschrieben „Heraus mit der Sprache“; dazu haben wir zu bemerken: Was die Weimertagung anbelangt bezug die Verantwortlichkeit der betr. Namen, so ist hierzu weder die Stadtverwaltung noch der Arbeiterrat berechtigt, bevor das Urteil Rechtskraft erlangt hat. Bezüglich des Zudenbüchchens im städtischen Zudenlager sei festgestellt, daß dem Arbeiterrat der Diebstahl seit Wochen bekannt ist; der Vertreter des R. A. hat seinerzeit im Gemeinderat eine diesbezügliche Anfrage an die Stadtverwaltung gerichtet. Zur Aufklärung sei bemerkt, daß der Diebstahl noch unter dem früheren

Verwalter des Lagers Herrn Kaufmann Garter stattgefunden hat, das Lager wurde damals, ebenso wie das Lager des Kommunalverbandes, trotzdem die Verwalter Kaufleute waren, durchaus unkaufmännisch verwaltet. Zur Klärung der Verhältnisse können wir aber mitteilen, daß das Lager seit Anfang März unter kaufmännischer Leitung steht, das heißt, es werden vor allem Ein- und Ausgänge ordnungsgemäß gebucht. Wie und noch mitgeteilt wird, soll es sich bei dem Diebstahl nur um geringe Mengen handeln. Der Arbeiterrat gibt sich die größte Mühe, überall nach dem Rechten zu sehen; wenn er aber den Einfluß an gewissen Stellen nicht hat, der ihm auf Grund der hiesigen Verhältnisse zukommen sollte, so ist das einzig und allein die Schuld der hiesigen Arbeiterschaft, die sich zu wenig um ihre Angelegenheiten kümmert und nur immer denkt, ja die andern sollen's machen.

Zur Sommerzeit schreibt man uns: Wie bereits mitgeteilt wurde von der Deutschen Nationalversammlung die Wiederentführung der sogenannten „Sommerzeit“ durch Verchiebung der Uhrzeiger glücklicherweise abgelehnt. Dafür könnte man zum Beispiel machen, daß unter allen Umständen während der Sommerzeit (28. 4. bis 15. 9.) der Umkehrschluß um 5 Uhr statt 6 Uhr stattfindet und die Geschäftsläden berechtigt sind, in dieser Zeit auch morgens eine Stunde früher anfangen zu lassen, sowie Mittagsstich 11 Uhr resp. 12 Uhr aufhören zu lassen, die Banken beginnen sonst um 1/9 Uhr früh, im Sommer 1/8 Uhr früh, zu Tisch geht man im Sommer um 1/12 Uhr statt um 1/2 Uhr und arbeiten um 2 Uhr statt um 3 Uhr weiter, wenn keine ungeteilte Arbeitszeit vorherrscht. Derjenige, der nicht früher anfangen läßt, muß aber um 5 Uhr Schluß machen lassen. In früheren Zeiten hat man überall an allen Orten, in allen Gewerben und Fabriken Sommers eine Stunde, im Baugewerbe sogar 2 Stunden früher anfangen, aber leider nicht früher aufhören dürfen, so daß man im Sommer statt 9 und 10 Stunden, 11 und 12 Stunden hat arbeiten müssen. Obiger Vordr. muß aber Geiß werden.

## Aus der Stadt.

Karlruhe, 16. April.

Zur Sommerzeit schreibt man uns: Wie bereits mitgeteilt wurde von der Deutschen Nationalversammlung die Wiederentführung der sogenannten „Sommerzeit“ durch Verchiebung der Uhrzeiger glücklicherweise abgelehnt. Dafür könnte man zum Beispiel machen, daß unter allen Umständen während der Sommerzeit (28. 4. bis 15. 9.) der Umkehrschluß um 5 Uhr statt 6 Uhr stattfindet und die Geschäftsläden berechtigt sind, in dieser Zeit auch morgens eine Stunde früher anfangen zu lassen, sowie Mittagsstich 11 Uhr resp. 12 Uhr aufhören zu lassen, die Banken beginnen sonst um 1/9 Uhr früh, im Sommer 1/8 Uhr früh, zu Tisch geht man im Sommer um 1/12 Uhr statt um 1/2 Uhr und arbeiten um 2 Uhr statt um 3 Uhr weiter, wenn keine ungeteilte Arbeitszeit vorherrscht. Derjenige, der nicht früher anfangen läßt, muß aber um 5 Uhr Schluß machen lassen. In früheren Zeiten hat man überall an allen Orten, in allen Gewerben und Fabriken Sommers eine Stunde, im Baugewerbe sogar 2 Stunden früher anfangen, aber leider nicht früher aufhören dürfen, so daß man im Sommer statt 9 und 10 Stunden, 11 und 12 Stunden hat arbeiten müssen. Obiger Vordr. muß aber Geiß werden.

Protestversammlung der Wirte. Die Wirte von Karlsruhe und Umgebung hielten gestern nachmittags im Kolosseum eine Versammlung ab, in welcher gegen die Schließung von Gastwirtschaften wegen Uebertretung der Schließungsverordnungen und gegen die Veröffentlichung der betr. Wirtschaften, bevor ein Urteil gesprochen ist, protestiert wurde.

Na. Wochenmarkt. Es wird darauf hingewiesen, daß der auf morgen Gründonnerstag folgende Wochenmarkt nicht auf dem Marktplatz, sondern auf dem Ludwigplatz stattfindet.

## Heute Abend 8 Uhr

Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in der „alten Brauerei Kammere“ (Waldhornstraße) mit Vortrag des Gen. Weichmann, Mitgl. d. N., über „das Rätesystem als Zeitproblem“. Außerdem Aufstellung der Kandidaten zu den städtischen Wahlen.

Wegen großem Raumangel müssen wir heute wiederum eine Anzahl Berichte, so den Schluß der gestrigen Landtags-Sitzung über kommunale, gewerkschaftliche, soziale und Parteiangelegenheiten auf die morgige oder spätere Nummer zurückstellen.

Stroßenbahn Rappurterstraße betz. Die Bürgervereine der Altstadt, Oststadt, Westheim, Südstadt und die Interessengruppe „im alten Bahnhof“ haben gemeinsam in einer neuen Petition an den Stadtrat das Eruchen gestellt, den Ausbau der Stroßenbahnlinie Westheim m-Bahnhof-Rappurterstraße-Striegstraße-Kapellenstraße mit Anschluß Friedhof oder Durach als bald vornehmen lassen zu wollen. Abgesehen von einer festeren Rentabilität, welche die oben angeregte Linie schon durch die ganz bedeutende Verfürgung der Stroße vom Bahnhof nach der Oststadt bringen würde, so würde diese Linie noch eine bedeutende Entlastung für die so oft überbelegte Linie Bahnhof-Ettlingerstraße-Marktplatz und wenn das Bedürfnis zur Fertigstellung einer Linie so marant in Erscheinung tritt wie hier, so ist es sicher höchste Zeit, daß ein Kapital von 500 000 M., welches bereits für Legung der Schienen in der Rappurterstraße ausgeben ist, nicht ohne Nutzen liegen bleibt, sondern zu einer entsprechenden Verjüngung herangezogen wird. Wenn z. B. Ausführlingspläne gemacht werden über Stroßenbahnlinien nach Leutkircheneuth und Anellingen, so kann sicher eingewendet werden, es fehle an Material und für Beschäftigung der Arbeitslosen würde sich sicher hier eine ganz besondere Gelegenheit bieten.

Fleischer-Versammlung. Der Zentralverband der Fleischer und verw. Berufsgenossen ladet zu einer öffentlichen Mitglieder-Versammlung morgen Donnerstagabend 7 Uhr im „Weißen Löwen“ (Kaiserstr. 21) ein, in der wichtige Fragen der Gegenwart und Zukunft des Berufes behandelt werden. Es sind alle Kollegen eingeladen, auch diejenigen, welche außerhalb des Berufes arbeiten sowie ehemalige Mitglieder, die noch vom Streit 1919 Forderungen an den Verband haben.

Bad. Naturalienkabinett. Nachdem das Bad. Naturalienkabinett am Friedhofplatz während der kalten Jahreszeit wegen des Gebrauchs für Sammlungsräume und daran anschließend wegen Reinigungsarbeiten geschlossen bleiben mußte, wird nach Beendigung der letzteren die mineralogisch-geologische Abteilung von Mittwoch, 16. April, und die zoologische Abteilung von Donnerstag, 17. April, wieder geöffnet sein.

Konzerthaus. Da Herr Konzertmeister Weischer infolge Verhinderung verhindert ist, rechtzeitig aus Urlaub einzutreffen, kommt anstatt des Doppelkonzertes von Brahms die erste Sinfonie von Beethoven zum Vortrag.

Die Hof- und Landesbibliothek ist vom Gründonnerstag bis einsch. Sonntag, 27. April, geschlossen. Die auswärtigen Benützer werden ersucht, davon Kenntnis zu nehmen.

Vereinsanzeigen. Nächsten Donnerstag abends 8 Uhr, findet im Nebenzimmer des „Landsknecht“ Hof eine Versammlung mit Vortrag statt. Die Genossinnen werden ersucht, vollständig in derselben zu erscheinen. 2862

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Rechte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Neuigkeiten Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Wasserstand des Rheins. Sauterinsel 2,95 Meter, gef. 8 Zim.; Reß 3,57 Meter, gef. 8 Zim.; Nagau 6,20 Meter, gef. 4 Zim.; Mannheim 5,98 Meter, gef. 8 Zim.

Seite 4.

stattgefunden des Kommu- naren, Nachhau- überung län- März unter vor allem Ein- noch mitgeteilt Mengen han- erall nach dem wissen Stellen sse zulommen r hiefigen angelegenheiten ns machen.

16. April.

is mitgeteilt, die Wieder- schiebung der nte man zum d der Som- 5 Uhr statt tat sind, in anfangen zu ußören z. B. im Sommer n 1/2 12 Uhr um 3 Uhr rch. Der- um 5 Uhr n überall an ommers eine er anfangen, n im Som- den hat ar- e h werden. n Karlsruhe oloffeumtaal iehung von chandelvor- Wirtshäusern,

daß der auf ht auf dem t stattfinden.

vereins in mit Vortrag das Käte- itellung der

wiederum anbtags- und Karle- nern zurück-

berne der reffengruppe Petition er Straßen- riegstrabe- alsbad vor- n Rentabili- bedeuende adt bringen Haftung für -Marx-platz nie so mar- te Zeit, daß y der Schie- bruch liegen erangezogen werden über en, so kann ad für Be- re ganz be- leischer und igitierber- gen Böwen" eri und Ju- oligen Ein- atischen arbeiten forderungen

Naturalken- zeit wegen anstehend wird nach Abstellung von Oster

er infolgt ingulzuffen zelle Sym-

nerstag Bil n Benütze

Donner- darmhädter Personinnen 2893

Ausland, ür Badische Neuillelan jämtliche

Meier, gef. 98 Meier,

**Verband der Tapeziere und verwandter Berufsgenossen :: Filiale Karlsruhe.**

**Todes-Anzeige.**

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Kollege

**Alfred Haas**

an den Folgen einer schweren Verwundung im Lazarett zu Freiburg i. Br. verstorben ist. Wir beklagen mit seinem Ableben einen treuen und stets arbeitsfreudigen Verbandskollegen. Ehre seinem Andenken. 2850

**Verordnung**  
(vom 7. April 1919).

Die Bestimmung des 1. Mai als gebotener Festtag betr.

Auf Grund des § 366 Ziffer 1 des Reichsstrafgesetzbuches hat das Staatsministerium beschlossen und verordnet im Namen des bayerischen Volkes, was folgt:

§ 1.

Der 1. Mai wird als gebotener Festtag im Sinne des § 1, Absatz 1, Ziffer 1, der Verordnung vom 18. Juni 1892, die weltliche Feier der Sonntags- und Festtage betreffend, in der durch die Verordnungen vom 31. Juli 1898, 25. Juli 1898, 3. August 1898, 22. Februar 1900 und 20. Februar 1907 bewirkten Fassung (Gesetzes- und Verordnungsblatt 1891, Seite 287, 1896, Seite 249, 1898, Seite 369 und 426, 1900, Seite 461, 1907, Seite 139) erklärt.

Die Bestimmungen dieser Verordnung finden auf ihn entsprechende Anwendung.

§ 2.

Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. 2850

Karlsruhe, den 7. April 1919. O. B. 134

Der Staatspräsident: Der Minister des Innern: Geis.

**Impfung betr.**

Die unentgeltliche Impfung der Kinder dieser Stadt, sowie der Stadtteile Weisheim und Rindheim wird in der Zeit vom 30. April bis 4. Juni ds. J. jeweils Mittwochs und Samstags durch den Bezirksarzt I. Geh. Medizinalrat Dr. Kaiser, vorgekommen werden und zwar:

Mittwoch, 30. April 1919, nachm. 3, 1/2 - 4 Uhr, Karl Wilhelmsschule.

Samstag, 3. Mai 1919, nachm. 3, 4 - 1/2 Uhr, in der Pflanzschule.

Mittwoch, 7. Mai 1919, nachm. 4 - 1/2 Uhr, in der Pflanzschule, vorher Nachsehen in der Karl Wilhelmsschule.

Samstag, 10. Mai 1919, nachm. 1/4 - 5 Uhr, Pflanzschule.

Mittwoch, 14. Mai 1919, nachm. 1/4 - 4 Uhr, Pflanzschule.

Samstag, 17. Mai 1919, nachm. 1/4 - 4 Uhr, Pflanzschule.

Mittwoch, 21. Mai 1919, nachm. 1/4 - 4 Uhr, Pflanzschule.

Samstag, 24. Mai 1919, nachm. Nachschau.

Mittwoch, 28. Mai 1919, nachm. Nachschau.

In der Turnhalle des Schulhauses in Karlsruhe-Weisheim:

Samstag, 24. Mai 1919, nachm. 1/5 Uhr.

Samstag, 31. Mai 1919, nachm. Nachschau.

In Galtshaus „zum Waldhorn“ in Karlsruhe-Rindheim:

Mittwoch, 28. Mai 1919, nachm. 1/5 Uhr.

Mittwoch, 4. Juni 1919, nachm. Nachschau.

Geimpft muß werden:

- jedes Kind vor Ablauf des auf sein Geburtsjahr folgenden Kalenderjahres, sofern es nicht nach ärztlichem Zeugnis die natürlichen Blattern überstanden hat;
- jeder Zögling einer öffentlichen Lehranstalt oder einer Privatschule innerhalb des Jahres, in dem er das zwölfte Lebensjahr zurückgelegt, sofern er nicht nach ärztlichem Zeugnis in den letzten fünf Jahren die natürlichen Blattern überstanden hat oder mit Erfolg geimpft worden ist;
- ältere impfpflichtige Kinder und Jugendliche, welche noch nicht oder schon einmal oder zweimal, jedoch ohne Erfolg, geimpft wurden.

Eltern, Pächtern und Vormünder, deren Kinder und Pflegekinder, dem Geimpften gegenüber der Impfung entgegen zu sein, werden an Geld bis zu 50 Mark oder mit Haft bis zu drei Jahren bestraft. Für Kinder, welche von der Impfung wegen überstandener Blattern oder früherer Impfung befreit sein sollen oder zurzeit ohne Gefahr für Leben oder Gesundheit nicht geimpft werden können, sind die ärztlichen Zeugnisse, letzterenfalls mit genauer Angabe des Grundes, weshalb und auf wie lange die Impfung unterbleiben darf, dem Impfarzt (Bezirksarzt) vorzulegen. Ferner muß in den Zeugnissen Vor- und Zunamen und das genaue Geburtsdatum des Kindes angegeben werden.

Die geimpften Kinder müssen bei Strafvermeidung zu der von dem Impfarzte bei der Impfung bestimmten Zeit zur Nachschau gebracht werden.

Aus einem Hause, in welchem ansteckende Krankheiten, wie Scharlach, Masern, Diphtherie, Keuchhusten, Flecktyphus, rosenartige Entzündungen oder die natürlichen Pocken herrschen, dürfen Impfungen nur allgemeinen Termine nicht gebracht werden.

Die Kinder müssen zum Impftermine mit reinem gewaschenem Körper und mit reinen Kleidern erscheinen.

Karlsruhe, den 10. April 1919.

2860 Bezirkamt - Polizeidirektion. O. B. 139

**Geflügelcholera betr.**

Die Geflügelcholera unter dem Geflügelbestande des Heinrich Kopp hier, Hindenmerstraße 12, ist erloschen. Die verfügbaren Spermahegen werden aufgehoben.

Karlsruhe, den 11. April 1919.

O. B. 132 Bezirksamt - Polizeidirektion. 2858

**IX. Kriegsanleihe.**

Die Reichsanleihestücke zu 100 Mk., 200 Mk. und 500 Mk. sind eingetroffen. Dieselben werden an unsere Zeichner gegen Rückgabe der ausgefüllten Bescheinigungen abgegeben. 2847

Karlsruhe, den 12. April 1919.

Stadt. Sparkassenamt.

**Möbelhaus**

**Maier Weinheimer**

Karlsruhe. 32 Kronenstr. 32

2859

**Küchen**  
weiss, grau und gelb gestrichen.

**Küchenschrank**  
**Küchenkredenz**  
**Küchentisch**  
**Küchenhocker**

Mk. 380.—, Mk. 475.—, Mk. 550.—, Mk. 570.—

**Pitschpine**  
Mk. 550—1450.

**Betten**

Schlafzimmer  
Wohnzimmer  
Speisezimmer  
Herrenzimmer  
Vertikos  
Divans

Am

**Ostersamstag, den 19. April ds. Js.**

bleiben die Geschäftsräume der unterzeichneten Banken und Bankiers

**geschlossen.**

Badische Bank  
Velt L. Nomburger  
Mitteldeutsche Creditbank

Rheinische Creditbank  
Straus & Co. 2751  
Süddeutsche Disconto-Gesellschaft

Am

**Ostersamstag, 19. April d. J.**

bleiben unsere Geschäftsräume

**geschlossen.**

**Vereinsbank Karlsruhe**

e. G. m. b. H. 2823

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**

**Zahlstelle Karlsruhe.**

Das Büro bleibt am Karfreitag, Karfreitag, sowie an den beiden Osterfeiertagen 2857

**geschlossen.**

Die Ortsverwaltung.

**Bachverein Karlsruhe E. V.**

Karfreitag, den 18. April in der städt. Festhalle:

**Matthäus-Passion**

von J. S. BACH.

Kasseneröffnung 3 Uhr.

Anfang 4 Uhr. Ende nach 1/2 7 Uhr.

Eintrittspreis f. Nichtmitglieder 10, 8, 6, 4 u. 2 Mk.  
Platzgebühr für Mitglieder 4, 3, 2 und 1 Mk.

Kartenverkauf: Musikalienhandlung Doert und an der Abendkasse. 2763

Programm mit Text 50 Pfennig.

**Beifubr von Pflastersteinen.**

Die Wasser- und Straßenbauinspektion Karlsruhe verleiht in öffentlicher Verdingung die Beifubr der für die Reupflasterung der Linienheimer Allee benötigten Klein- u. Großflastersteine, ab Station Karlsruhe Hauptbahnhof, Karlsruhe Westbahnhof, oder ab Keurent nach der Kaufstelle in 2 ungefähr gleichgroßen Losen mit insgesamt 1580 Tonnen Gewicht, 2841

am 24. April ds. J., vormittags 10 Uhr.

Angebote sollen auf diesen Termin schriftlich postfrei mit der Aufschrift „Beifubr von Pflastersteinen“ versehen, auf dem Geschäftszimmer, Nebenbaberstr. 28, wo auch die Bedingungen zur Einsicht aufliegen, eingeklopft werden. Zuschlagsfrist beträgt 2 Wochen.

**Müllabfuhr.**

Am Karfreitag und Ostermontag werden Hausmüll und Küchenabfälle nicht abgeholt. 2842

Die Müßer in den am Karfreitag in Betracht kommenden Straßen wird auf Samstag, den 19. d. Mts. verlegt, während in den am Samstag, den 19. d. Mts. zu befahrenden Straßen, die Abholung erst wieder am Dienstag, den 22. ds. Mts. stattfinden.

Karlsruhe, 16. April 1919

Städtisches Tiefbauamt.

**Graue Haare**

u. Bart erhaltend, dauernd Naturf. u. Jugendfr. wieh. d. unfr. seit 12 Jahr. best. bew. „Martinique“ 1107

Tausch v. Nachbest. Pl. N. 4. Radm. nur durch Sans Ver. and München 26.

**Geld** auch größere Beträge verleiht 2810

Ad. Weh, Hamburg 24.

**Caschenuhren**

auch reparaturbedürftig, lauft 2810

**Levy, An- u. Verkaufsgeschäft**

Markgrafenstraße 22.

Glasfen, Lumpen, Papier, Metalle, Treiben, altes Gold und Silber, Eisen, Keller- und Speicherkorn, lauft Feuerstein, Waldhorn- u. rache 37.

**Kaufst. Kaufst.**

Verkauf von 1670

**Alt- u. Möbel**

**Karl Rauch,**

Kaiserstr. 49. Kaiserstr. 49.

**J. Hartmann**

Karstr. 22, Gts. 2. St., empfiehlt 2811

**Moderne Wägen**

in Seide, Füll und Wolle, Sportjachen, Kostüme

**Wähige Preise.**

**Standesbuch-Ausgabe der Stadt Karlsruhe.**

Erschienenen. Christ. Reich von Wehlen, Fabrikarbeiter hier, mit Elisabetha Ritter von hier. Otto Häppler von hier, Lichtpauler hier, mit Vertha Eutter von hier. Albert Rüdinger von Döllenheim, Schlosser hier, mit Emilie Schilling von Landau. Franz Jäger von Nöggenschwiel, Schreiner hier, mit Luise Wäntzer Witwe von hier.

Todesfälle. Heinrich, alt 2 Jahre, Vater Hg. Reubrand, Steinbauer, Gg. Köppler, Freier, alt 19 J. Marie Reicher, alt 72 J. Witwe von Jakob Reicher, Kaufherr. Erika Jutt, ohne Beruf, ledig, alt 22 Jahre. Gust. Siedler, Birt, Ehe-mann, alt 48 J. Wabette Odenheimer, alt 84 Jahre, Witwe von Ferd. Odenheimer, Birt.

**Druckereien**

Druckerei Volkefreund

# Möbelhaus

Besichtigung ohne Kautzang.

Ecke Kaiser- und Douglasstr. (Hauptpost). **Telephon Nr. 5220.**  
Komplette Wohnungs-Einrichtungen und Einzel-Möbel.  
Aufbewahrung völlig kostenlos.  
Hauptlager Mühlburg: Philippstrasse 19. **Telephon Nr. 5224.**

# Gehr. Karrer

Gute Ware bei billigster Berechnung.

## Sozialdem. Verein Karlsruhe.

Mittwoch, den 16. April, abends 8 Uhr, in der alten Brauerei Kammerer, Waldhornstraße.

### Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Gen. H. Weismann, Mitglied der R.-B., über das „Nähestem als Reisproblem“.
  2. Aufstellung der Kandidaten zu den Gemeinderats-, Bezirks- und Kreiswahlen.
- Wir laden unsere Mitglieder zu dieser Versammlung höflichst ein mit dem Ersuchen, zahlreich zu erscheinen.  
2807 Der Vorstand.

## Feuerbestattungs-Verein Karlsruhe (E. V.)

Unsere diesjährige

### Mitglieder-Versammlung

findet am Freitag, den 25. April, abends 7 1/2 Uhr, im kleinen Rathsaussaal statt.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht des Vorstandes.
2. Kassenbericht.
3. Beratung der neuen Vereinsstatuten.
4. Etwasige Anträge der Mitglieder.
5. Neuwahlen.

Wir laden hierzu unsere verehrten Mitglieder (auch Damen) mit der Bitte um recht zahlreiches Erscheinen ergebenst ein.

Karlsruhe, den 10. April 1919. 2839

Der Vorstand.

## Mieter- u. Bauverein Karlsruhe e. G. m. b. H.

Am Donnerstag, den 17. April, abends 7 1/2 Uhr, findet im Saale des „Goldenen Adlers“ unsere

ordenliche

### General-Versammlung

mit nachfolgender Tagesordnung statt:

1. Bericht des Vorstandes mit Vorlage der Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung; diese kann in unseren Geschäftsräumen eingesehen und vom Dienstag, den 15. ds. Mts. an in Empfang genommen werden.
  2. Bericht über die gemäß § 53 des Gen.-Ges. vorgenommene Geschäftsprüfung.
  3. Bericht des Aufsichtsrats mit Antrag auf Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrats.
  4. Vorschlag zur Verteilung des Reingewinnes.
  5. Antrag auf Erhöhung des Ansehenshöchstbetrages.
  6. Wahl von 7 Aufsichtsratsmitgliedern.
  7. Ausschluß säumiger Mitglieder.
  8. Behandlung etwaiger Anträge (solche müssen bis Donnerstag, den 10. April, beim Vorstand eingereicht sein).
- Karlsruhe, den 5. April 1919. 2825

Der Vorstand:

Schwall. Schill.

NB. Der Eintritt ist nur Mitgliedern gegen Ausweis gestattet.

## Gemüsesamen

(Kohlrabi, Schwarzwurzel, Zwiebel, Karotten, Spinat und Fenchel) und 2843

## Gemüseetzlinge

(Weiß- und Rotkraut, Wirsing und Salat) verkauft täglich von 9-1 Uhr

Städt. Gartenamt, Ettlingerstr. 6.

Zu meinem  
**Stadtlager, Rüppurrerstraße 8**  
ist von morgens 8 bis 12 und nachmittags von 2 bis halb 6 Uhr Gelegenheit geboten sich mit 2705

# Buchen- und Anfeuer-Holz

zu den festgesetzten Preisen einzudecken.

## Carl Zinkelstein

Holz- und Kohlenhandlung.  
Rüppurrerstr. 8. Telephon 5113.

HERMANN  
**Tietz**  
KARLSRUHE  
Sonder-Abteilung  
**Damen-Hüte**  
in niederen  
Preislagen

## Stärke-Wäsche

wird wieder in normaler Lieferfrist bezogen. 2814

Dampfwäschanstalt **Schorpp.**

## W. MUND, ARCH.

KARLSRUHE, MAXIMILIANSTRASSE 25

## Kochherde

wenig gebraucht mit 2 und 3 Kochfeldern, preiswert zu verkaufen. 2849

Nüppur, Rastatterstr. 21.

## Blinden-Arbeit

Handarbeiten - Wärfeln und Korkhaar - Wärfeln empfindlich Holz, Wood, Viktorstr. 6. 779

## Taschenuhren

wenn auch reparaturbedürftig, werden stets angekauft in Weintraub 2818

U- u. Verkaufsgeschäft für Schwarzhörakel

Ohrgeräth, verbodener Ohrschmerz, schmerzhafteste durch unsere patentamtl. geschützte, tauschfähige, bewährte Hörtrichter. Natur- Lautschall.

Bequem u. unfehlbar zu tragen. Verall. em-folgen. Diese Danfär. Größe Versandh. Media München 43. Preis u. Zust. uml. 1905

## Krankentransporte

von 1 bis 4 Personen mit dem Stege- oder Sitz-Sanitätskraftwagen, für hier u. auswärts, übernimmt zu Tag- und Nachtzeit auf telefonischen Anruf

Vab. Landesverein vom Roten Kreuz

Stefanienstraße 74, Telefon 486.

## Volks-Hochschulkurse

an der Technischen Hochschule.

II. Reihe. Beginn 28. April

Kultur und Gesellschaft.

Bezug: Die Grundlagen der deutschen Bildung. Beginn 2. Mai.

Sachler: Erziehungsfragen der Neuzeit. Beginn 1. Mai.

Hellbach: Die Bohmung der Seele. Beginn 28. April.

Selbing: Die große französische Revolution. Beginn 1. Mai.

Ott: Meine Beobachtungen über die politischen und gesellschaftlichen Zustände in England. Beginn 29. April.

Melinger: Aus deutscher Volkstunde (Gemeinnamen, Volkssprache, Volkslied). 2840

Wirtschaft und Technik.

Bezug: Die Gewerkschaften. Beginn 30. April.

von Zweidinger-Silberhert: Preisbildung und Lohnfragen. Beginn 28. April.

Hubb: Nahrungs- und Genussmittel. Beginn 30. April.

Probst: Neue Bautechnik. Beginn 2. Mai.

Die Hörsäle: befreit für jede Vortragsreihe 3 Mk. Wäh-re Auskunft auf der Geschäftsstelle, Schloßbezirk 6.

## Gesucht

nach hier für sofort

- 10 feuerschmiede
  - 4 Eisenhobler
  - 7 Vertikalfräser
  - 6 Stoßer
  - 2 Revolverdreher
  - 2 Werkzeugbohrer
  - 2 Horizontalfräser
- Ältere Leute mit Zeugnissen und Quittungskarte. 2854

## Städt. Arbeitsamt

Zähringerstraße 100.

## Günstig für Brautleute.

Schwed. Parzahlung, daher billige Beschaffung von Wohnungseinrichtungen; auch für Einzel-nöbel, gibt

## Darlehen

mit monatlicher Raten-Rückzahlung - Distriktsion zugesichert.

Mittelbadische 2801

Privat-Spar- und Darlehenskasse

Karlsruhe i. B., Douglasstr. 26. - Tel. 1056.

## Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

## Messe-Wirtschaften.

Die Verechtigung zum Betrieb der zwei Wirtschaften in dem Schuppen auf dem Messegelände während der dies-jährigen Früh- und Spätharveste soll unter den besten Bedingungen erfolgen.

Steigerungslustige sind auf

Montag, den 28. April ds. J., morgens 9 Uhr, in den großen Rathsaussaal eingeladen.

Die Steigerungsbedingungen stehen beim Markt- und Messeamt, Zimmer 178, 4. Stock, Eingang Zähringerstraße zur gef. Einsicht auf und werden vor der Versteigerung nochmals bekannt gegeben.

Karlsruhe, den 14. April 1919. 2848

Das Markt- und Messeamt.

## Aufruf!

Badener gehören in das bad. Volksheer!

Badener

treten ein in das

## 6. bad. Freiwilligen-Bataillon

in

Konstanz am Bodensee.

Schützt die Heimat vor Untergang!

Wir benötigen: **Infanteristen, M.-G.-Mannschaften, Minenwerfer**, in den Nachrichtenmitteln ausgebildete Leute, Fahrer, Pferdepfleger, Handwerker aller Art. Möglichst einjährige Kriegserfahrung! Bedingungen wie bekannt.

Meldung bei den Bezirkskommandos oder beim Bataillon in der Neuen Bataillonskaserne in Konstanz.

Militärpapiere und Entlassungsantrag mitbringen! Einstellung erfolgt vom 16. April 1919 ab. Uebernahme in die Reichswehr vorgezogen!

2839

**Förster, Major u. Kommandeur** früher im Inf.-Regt. 111, zuletzt Kommandeur des Inf.-Regts. 364.

## Aufruf!

Badische Fernsprecher, Funker, Blüher, Fahrer!

Auf Anordnung der vorläufigen Badischen Volksregierung hat das Generalkommando die Aufstellung einer

Badischen Freiwilligen Nachrichten-Truppe beim Nachrichten-Bataillon 14 in Bretten verfügt.

Ausführung des wichtigen Nachrichten-Dienstes im Dienste der Schutz der badischen Heimat und des deutschen Vaterlandes sollen ihre schönen Aufgaben sein.

Bedingungen zur Einstellung:

- a) Geborene Badener oder solche, die sich schon länger in Baden aufhalten und sich hier heimisch fühlen.
- b) Selbstbestimmtheit.
- c) Einjährige Kriegserfahrung erwünscht.
- d) Verpflichtung zu strenger Disziplin.
- e) Verpflichtung zur Verteidigung des deutschen Reiches und Badens.
- f) 14tägige Probezeit, dann einmonatige Kündigungsfrist.

Gebühren:

- a) Abnahme nach den Diensttarifen.
- b) Mindestens 30 Mark monatlich.
- c) Freie Verpflegung.

Meldungen (auch schriftlich):

1. Beim Nachrichten-Bataillon 14 in Bretten.
2. Beim Korps-Nachrichten-Batt. 14 in Turlach, „Waldhaus am Schwanen“, Hauptstraße 13.
3. Mannschaften des Beurteilungslandes bei den Bezirkskommandos.

Entlassungspapiere sind vorzulegen. Entlassungsantrag und Mängel sind mitzubringen. Bei Wiederentlassung steht Urlaub zur

grz. Schuster

Major und Kommandeur Nachr.-Batt. 14